



# Klartext



INFORMATION DER NPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG | AUSGABE 33

[WWW.NPD-FRAKTION-SACHSEN.DE](http://WWW.NPD-FRAKTION-SACHSEN.DE)

**WUSSTEN SIE SCHON,**  
...daß das Landeserziehungsgeld in den nächsten zwei Jahren um **7,6 Millionen Euro** gekürzt wird – und nur die NPD-Fraktion dagegen war und sich als einzige politische Kraft im Landtag für eine Erhöhung der Familienförderung eingesetzt hat? Informieren Sie sich direkt bei uns über das, was Ihnen die Medien bewußt verschweigen!



**>> KOMMENTAR**  
Holger Apfel, MdL

## Schäubles Liste

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will die Deutschen für die Euro- und Finanzkrise weiter bluten lassen. Kürzlich wurde eine Liste sozialer Grausamkeiten bekannt, die er den Bürgern wohl als „Sparpaket“ verkaufen will. Darunter befindet sich die Erhöhung des bislang ermäßigten Steuersatzes auf Lebensmittel von sieben auf 19 Prozent. Vor allem Geringverdiener und Rentner wird dies hart treffen. Schäuble will weiterhin den Bundeszuschuß zur gesetzlichen Krankenversicherung kürzen und einen „Gesundheits-Soli“ einführen. Außerdem soll das Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus weiter angehoben werden. Wer früher in Rente gehen will, muß mit deutlichen Abschlägen rechnen. Auch die Witwenrente soll gekürzt werden. Um Brüssel zufriedenzustellen, ist dem Mann offenbar nichts zu schäbig! Hieß es nicht immer, die Deutschen seien die großen Gewinner des Euro? Das

ist eine Lüge, denn Gewinner sind die Banken und die Finanzindustrie, während Otto Normalverbraucher auf der Strecke bleibt. Großbritanniens Premierminister David Cameron hat nun den Unmut seiner Landsleute aufgegriffen und eine Volksabstimmung über den Verbleib in der EU angekündigt. Den Euro konnten sich die Briten nicht halten. Auch die Deutschen haben mittlerweile das Vertrauen in die europäische Einheitswährung verloren. Wir Nationaldemokraten fordern daher, daß auch die Deutschen über den Verbleib in der Währungsunion und der EU abstimmen dürfen. Doch die Herrschenden wollen keine direkte Demokratie, wissen sie doch genau, wie das Abstimmungsergebnis aussehen würde. Was wir von Brüssel zu erwarten haben, sieht man an Schäubles „Sparplänen“. Das aber kann und darf man den Bürgern hierzulande nicht zumuten! ■■■

„Euro-Rettung“, steigende Sprit- und Energiepreise – und jetzt auch noch der neue Rundfunkbeitrag

## WER SOLL DAS BEZAHLEN?



**Die NPD-Fraktion forderte in mehreren Anträgen:**

- » Kein weiteres deutsches Geld ins Mittelmeer werfen: Nein zum Rettungspaket für Pleite-Zyprioten und russische Schwarzgeldmafia
- » Staatsfunk eindampfen, GEZ abschaffen
- » Strom, Heizöl und Erdgas müssen bezahlbar bleiben – Sachsen steigt aus der „Energiewende“ aus
- » Friedensmacht Deutschland: Keine deutschen Truppen im Ausland, keine fremden Truppen im Inland

**Lesen Sie dazu mehr auf den folgenden Seiten – und denken Sie immer daran, wer Ihnen den Schlamassel eingebrockt hat und wer ihn verhindern wollte!**

Bewegen sich schon seit einiger Zeit die Preise für Benzin, Diesel und Heizöl auf einem kaum noch bezahlbaren Niveau, gehen jetzt auch noch die Stromkosten wegen der sogenannten „Energiewende“ in die Höhe.

In diesem Jahr steigt die Ökostrom-Umlage von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde, womit ein Vier-Personen-Haushalt rund 240 Euro extra im Jahr zahlen muß. Bis 2025 wird Strom nach einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie noch einmal um bis zu 70 Prozent teurer werden.

Die Kostentreiber fordert ihren Tribut: So sind im letzten Jahr laut

Verbraucherzentrale alleine im Freistaat Sachsen etwa 1,3 Millionen Strom-Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen worden. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung wahrgemacht – sie waren zeitweilig komplett ohne Elektrizität.

Und als ob das alles noch nicht genug wäre, bitten nun auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihrer neuen Haushaltsabgabe ordentlich zur Kasse. Die Bürger werden dabei gleich doppelt abgezockt: einmal als Endverbraucher, ob sie nun Radio hören und TV sehen oder nicht, und einmal als Steuerzahler, denn durch die Neuregelung der Rundfunkgebühr

vervielfachen sich die Kosten für Städte und Gemeinden. Die GEZ, nun umbenannt in „Beitragservice“, darf sich nach Berechnungen von Experten hingegen über Mehreinnahmen von über 1,5 Milliarden Euro freuen.

Für Banken, südeuropäische Pleitestaaten, Asylbewerber und Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan, der Türkei oder Mali sind Milliarden da, aber den eigenen Leuten wird das letzte Hemd ausgezogen. Genau gegen diese Umverteilungs-

politik wehrt sich die NPD-Fraktion mit aller Kraft.

Zuletzt haben wir wieder mehrere Vorstöße im Landtag unternommen, um Preisbremsen herbeizuführen – doch die anderen Fraktionen stellten sich quer. Damit müssen sich die etablierten Parteien den Vorwurf gefallen lassen, der fortwährenden Preistreiberei und Abzockerei den Weg zu bereiten. ■■■

**Sicherheit durch Recht und Ordnung!**

## Polizeireform stoppen!

**Obwohl die Kriminalitätsbelastung in den Grenzregionen immer weiter steigt, halten Sachsens Politobere unbeirrt an der Polizeireform „Polizei. Sachsen.2020“ fest.**

Für alles mögliche ist Geld da, nur nicht um die Bürger vor Diebesbanden aus dem osteuropäischen Raum zu schützen. Im Landtag attestierte der innen-



© Arno Bachert, pixelio.de

politische Sprecher der NPD-Fraktion, Andreas Storr, der Staatsregierung ein Totalversagen bei der Grenzriminalität. „Ihre Polizeigesetze und Anpassungsverrenkungen werden an der bevölkerungspolitischen Katastrophe, dem faktischen Stellenabbau und der ausgedünnten Polizeipräsenz nichts ändern“, so Storr. Jedem Bürger und Unternehmer, der in Grenznähe wohnt, ist klar, daß sein Eigentum nicht mehr wirksam geschützt

wird. Die NPD-Fraktion fordert daher, die Polizeireform so lange auszusetzen, bis sich die Kriminalitätsbelastung auf das Niveau vor der Grenzöffnung 2007 eingependelt hat. Außerdem muß zumindest in den Wintermonaten und im Frühjahr der Verkehr an den Grenzübergangsstellen zu Tschechien und Polen zwischen 21:00 und 6:00 Uhr kontrolliert und die in Sachsen tätige Bundespolizei personell aufgestockt werden. ■■■



## CHEFSACHE

## Argumente statt Verbote!

Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender

Liebe Landsleute,

Ministerpräsident Tillich und sein Innenminister Ulbig steuern mit Volldampf auf eine gewaltige Blamage vor dem Bundesverfassungsgericht zu. Beide CDU-Politiker fordern vehement ein Verbot der NPD, die jedoch nichts Verbotenes tut und daher nach rechtsstaatlichen Kriterien nicht verboten werden kann. Das wissen auch Tillich und Ulbig, sie setzen aber darauf, daß die Verbotsdebatte die NPD nachhaltig schädigt und in den Augen der Bürger unwählbar macht. Und warum? Weil sie sich einer unliebsamen Konkurrenz entledigen wollen. Mit unseren Positionen zur Ausländer-, Innen- oder Familienpolitik zielen wir nämlich genau auf die Kernfelder, die von der sächsischen Union Stück für Stück preisgegeben wurden. Da greift man zwecks Machterhalts eben zu unlauteren Mitteln, um uns mundtot zu machen.

**Wir lassen uns aber nicht mundtot machen,**

**sondern sagen: Jetzt erst recht!**

Denn: Der Verbotsantrag, den Sachsen mit anderen Ländern im Bundesrat beschlossen hat, ist nicht seriös juristisch motiviert – was man schon allein daran sieht, daß die Bundesregierung nicht mitzieht, sondern maßgebliche Mitglieder wie Bundesinnenminister Friedrich davor eindringlich warnen. Er ist vielmehr ein politischer Mißbrauch des Grundgesetzes im vielbeschworenen „Kampf gegen Rechts“, der schon totalitäre Züge annimmt, zumal in einer Demokratie die politische Rechte ebenso ihre Daseinsberechtigung hat wie die Parteien der angeblichen Mitte und der Linken. Was in anderen Staaten wie Frankreich, Österreich, den Niederlanden oder auch bei unseren östlichen Nachbarn eine Selbstverständlichkeit ist, muß auch für Deutschland gelten.

Nun beantragen also ausgerechnet diejenigen ein NPD-Verbot, die selber Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Füßen treten. Schließlich sind es die herrschenden Politiker, die zunehmend das Grundgesetz

Überfremdung, die Aushöhlung des Schutzes von Ehe und Familie, die Verheuzung deutscher Soldaten auf internationalen Kriegsschauplätzen, immer neue Schutzschirme für Banken und Plei-testaaten oder die Preisgabe letzter Reste nationaler Souveränität im Zuge des ESM-Ermächtigungsgesetzes. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Ist es wirklich ein Zufall, daß genau die Partei auf die Abschußliste der Etablierten kommt, die in diesen ganzen Fragen eine grundlegende Umkehr anstrebt?

Selbst die Grünen, die nun wahrlich keine Freunde von uns sind, haben erkannt, auf welch tönernen Füßen die NPD-Verbotsforderungen stehen. Im Landtag haben sie sich gegen den Verbotsantrag ausgesprochen, und selbst ein Johannes Lichdi, rechtspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion und glühender „Antifaschist“, erklärte in einem Gastbeitrag in der linksalternativen „taz“, daß die juristischen Voraussetzungen für ein Verbot im Falle der NPD nicht gegeben sind.

Wir fordern unsere Kritiker auf, sich argumentativ mit uns auseinanderzusetzen,

statt nach einem Verbot zu schreien: Argumente statt Verbote! George Orwell schrieb einmal: „Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen.“ Die Blockparteien von CDU bis LINKE wollen unsere Argumente nicht hören und nicht zulassen, weil sie genau wissen, daß sie vielen Menschen aus dem Herzen sprechen.

**Auch im Landtag ist die NPD-Fraktion die einzige politische Kraft, die konsequent inländer- und familienfreundliche Positionen vertritt, die soziale Frage glaubwürdig thematisiert und für innere Sicherheit steht. Diese Stimme wird auch in den kommenden Wochen und Monaten nicht verstummen. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort!**

Holger Apfel

f /holger.apfel



## DIE ROMA-FLUT

**Nicht etwa sogenannte „Rechtsextremisten“, sondern der Deutsche Städtetag machte in einem internen Papier kürzlich darauf aufmerksam, daß die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien in letzter Zeit massiv zugenommen hat.**

Der Verband in aller Deutlichkeit: „Problematisch ist der hohe Anteil der Roma.“ Die dramatischen Folgen: „Die soziale Balance und der soziale Friede“ seien „in höchstem Maße gefährdet“. Auch sächsische Städte und Gemeinden sind von der neuen Roma-Flut betroffen. Die Presse berichtet darüber regelmäßig.

Der NPD-Abgeordnete Mario Löffler warnt: „Die Zahl dieser sogenannten Armutsflüchtlinge stieg von 64.000 im Jahr 2010 auf 147.000 im Jahr 2011 und 2012 dann noch einmal auf etwa 180.000.“ Er sagt: „Deshalb lagen und liegen wir mit unserer Forderung, wenigstens das geltende Asyl-

recht konsequent umzusetzen, genau richtig. Lediglich zwei Prozent aller Antragsteller werden als politisch Verfolgte anerkannt. Deutschland kann und will nicht das Sozialamt der Welt sein. Es gibt mittlerweile genug Armut in unserem Land. Hier gilt es, solidarisch zu sein.“

**Die NPD-Fraktion fordert: Stoppt die Roma-Flut! Keine Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlings in Sachsen – abgelehnte Asylbewerber müssen sofort abgeschoben werden. Die liberale Zuwanderungs- und Asylpolitik belastet unsere Kassen und gefährdet die innere Sicherheit.** ■■■

# GEZ

Genug abgezockt



**Als einzige Fraktion hat die NPD die sogenannte Rundfunkreform von Anfang an abgelehnt und ein Alternativkonzept vorgelegt: Reduzierung der Sender, Senkung der Gebühr und Abschaffung der GEZ.**

Die FDP spuckte zwar erst große Töne, stimmte aber letztlich dem Rundfunkstaatsvertrag zu. Typisch Umfallerpartei! Daran erinnerten die Nationaldemokraten kürzlich in einer Landtagsdebatte. „Die FDP gehört selbstverständlich auch zum Kartell der Abzocker, die die GEZ, nun umbenannt in ‚Beitragsservice‘, mit ihren über 26.000 Angestellten am Leben halten – und sie ist ebenso Günstling und Profiteur des öffentlich-rechtlichen Systems“, so der NPD-Fraktionschef Holger Apfel.

Seit Anfang des Jahres muß jeder – selbst wenn er kein Fernseh- oder Radiogerät besitzt – die neue Haushaltsabgabe zahlen: Das sind 17,98 Euro pro Monat oder 215,76 Euro pro Jahr an Gebühren, mit denen 22 Fernsehsender sowie 64 Radioprogramme und nicht zuletzt auch die umbenannte GEZ am Leben gehalten werden. Schon jetzt kassieren die Öffentlich-Rechtlichen acht Milliarden Euro im Jahr – fast soviel wie sämtliche Kultursubventionen aller Länder und Gemeinden. Durch die Neuregelung werden nun noch einmal über 1,5 Milliarden Euro an Mehreinnahmen erwartet. Die Bundesrepublik leistet sich damit den teuersten „Staatsfunk“ und die höchsten Rundfunkgebühren der Welt.

Begründet wird diese Abzocke mit einer angeblichen „Grundversorgung“ an

Information, Bildung und Kultur, die in Zeiten des dualen Rundfunksystems und des wirklich meinungsppluralistischen Internets nur noch grotesk anmuten kann. „Weil der Staatsfunk regelrecht im Geld schwimmt, ist er auch zu einem Selbstbedienungsladen verkommen, in dem es zahlreiche Fälle von Betrug, Untreue, Mausehelei und Schleichwerbung gibt“, so Jürgen Gansel, medienpolitischer Sprecher der NPD-Fraktion. Und weiter: „Man denke an die ehemalige Fernsehspielchefin des NDR, die unter Pseudonym jahrelang Drehbücher schrieb und an ihren eigenen Sender vertickte. Man erinnere sich an den ehemaligen Leiter der MDR-Sportredaktion, der wegen Betrugs und Vorteilsnahme zu einer Geld- und Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Und man denke an den früheren MDR-Unterhaltungschef Udo Fohrt, gegen den wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit, Untreue und Betrug ermittelt wird.“

Es sei daher eine Verhöhnung der Gebührenzahler, die Haushaltsabgabe als „Solidarbeitrag“ (NDR-Intendant Lutz Marmor) oder gar „Demokratieabgabe“ (WDR-Intendant Jörg Schönenborn) zu bezeichnen. „Die Haushaltsabgabe hat nach Überzeugung der NPD weder etwas mit Solidarität noch mit Demokratie zu tun, sondern sie ist eine Gebührenabpressung auch bei solchen Menschen, die auf das angebliche Qualitätsprogramm der öffentlich-rechtlichen Sender pfeifen“, so Gansel.

Sehen Sie sich hier den Film mit den vollständigen Redebeiträgen der NPD-Abgeordneten an: <http://verwei.se/GEZ>



## NEIN ZUR VERFASSUNGSWIDRIGEN RUNDfunkREFORM



# »ENERGIEWENDE«

## UNREALISTISCH, UNBEZAHLBAR, UNSOZIAL

Die planlos eingeleitete „Energiewende“ der Bundesregierung sorgt nicht nur für eine sich drastisch verschlechternde Versorgungslage, sondern auch dafür, daß auch in Sachsen immer weniger Haushalte die horrenden Stromrechnungen bezahlen können.



**D**ie Kostentreiberin fordert ihren Tribut: So sind im letzten Jahr laut Verbraucherzentrale alleine im Freistaat Sachsen etwa 1,3 Millionen Strom-Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen worden. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung wahrgemacht – sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Auch die Heizöl- und Erdgaspreise sind für viele sächsische Bürger kaum noch bezahlbar.

**Die NPD-Fraktion fordert:** Sachsen muß aus dieser sogenannten „Ener-

giewende“ aussteigen! Sie ist unrealistisch, unbezahlbar und unsozial. Dazu legen die Nationaldemokraten einen entsprechenden Antrag vor.

### Unsere Kernanliegen:

- Stoppt die „Energiewende“! Keine Subventionspakete mehr für Ökostrom-Firmen, die Verbraucher, Steuerzahler sowie kleine und mittelständische Unternehmen zahlen müssen.
- Regulierung der Heizöl- und Erdgaspreise: Preissenkungen am Weltmarkt sind unmittelbar an

die Verbraucher weiterzugeben.

- Ausbau der deutsch-russischen Energieallianz, die mit der Errichtung der Ostsee-Pipeline „Nord Stream“ begonnen wurde.
- Heimische Energiegewinnung fördern! Abschaffung der Wasserentnahmeabgabe, Erhalt und Wiederaufrüstung des Pumpspeicherkraftwerks in Niederwartha, Förderung von Kleinwasserkraftanlagen, Schonung der eigenen Ressourcen durch deutliche Minimierung der Braun-

kohleexporte und Kommunalisierung der Daseinsvorsorge im Energie- und Strombereich durch Förderung und Errichtung von Blockheizkraftwerken zur Kraft-Wärme-Kopplung.

Sehen Sie sich hier den Film mit den vollständigen Redebeiträgen der NPD-Abgeordneten an: <http://verweise/Energiewende>



# STOPPT DEN ABTREIBUNGSWAHNSINN!

## Rechtssicherheit für Babyklappen und anonyme Geburten

**Laut Statistischem Bundesamt wurden 2011 deutschlandweit 108.867 ungeborene Kinder abgetrieben, allein in Sachsen waren es 5.903. Neben diesen offiziellen Zahlen gibt es noch eine Dunkelziffer von nicht erfaßten Abtreibungen.**

**L**ebenschutzverbände gehen von einer doppelten so hohen Zahl aus. Die NPD-Fraktion unterstützt daher im

**Landtag eine Initiative zur Schaffung von Rechtssicherheit für sogenannte Babyklappen und anonyme Geburten.**

„Babyklappen und die Möglichkeit zur anonymen Geburt sind zwei entscheidende Mittel, um den Abtreibungswahnsinn in unserem Land einzudämmen“, so der NPD-Landtagsabgeordnete Alexander Delle. Delle weiter: „Wir müssen andere Möglichkeiten und breit wahrnehmbare Angebote für in Not geratene Frauen bereitstellen. Abtreibungen dürfen keine Alternative sein, und auch Kindstötun-

gen müssen wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern. Außerdem ist es wichtig, viel früher ansetzende Angebote für Mütter einzurichten und diese den Betroffenen auch bekannt zu machen. Die besten und sichersten Babyklappen nützen nichts, wenn Frauen nicht von ihnen wissen. Die engagiertesten Jugendämter können nichts erreichen, wenn Mütter die Angebote nicht wahrnehmen.

## Erfolg vor dem Verfassungsgerichtshof!

**In gleich fünf Fällen konnten die NPD-Landtagsabgeordneten Andreas Storr und Arne Schimmer kürzlich vor dem Leipziger Verfassungsgerichtshof einen juristischen Sieg erringen.**

Dabei ging es um verweigerter oder nur lückenhafte Antworten der Staatsregie-

Die beste Gesundheitsversorgung für Mutter und Kind bei anonymen Geburten ist überflüssig, wenn die Frauen keine Rechtssicherheit haben und deshalb auf diese Möglichkeit verzichten und ihre Kinder zu Hause bekommen.“ ■■■

runge auf parlamentarische Anfragen der Volksvertreter, u.a. zu den Hintergründen eines Brandanschlags auf eine Bundeswehreinrichtung in Dresden.

Angesichts dieser schallenden juristischen Ohrfeige für Tillich & Co. sieht sich die NPD-Fraktion gleich mehrfach gestärkt: zum einen in ihrer Überzeugung, daß die wahren Verfassungsfeinde vor allem in den Reihen der etablierten Politiker zu finden sind; zum anderen auch in der Notwendigkeit fortwährender Kleinarbeit mit Anfragen im Parlament als Mittel der Gewinnung von Informationen, die die Staatsregierung nur zu gern verschweigen möchte. ■■■

## Früher »judenfrei«, heute »nazifrei«?



**Man muß kein Verschwörungstheoretiker sein, um zu erkennen, daß es bei der Verhinderung des diesjährigen Dresdner Trauermarsches am 13. Februar eine Art Arbeitsteilung zwischen Politik, Polizeiführung und linksextremen Blockierern gab.**

**Den Vogel allerdings schoß folgender Satz aus dem offiziellen Abschlußbericht der Polizeidirektion Dresden ab: „Gegen 22.25 Uhr war Dresden faktisch wieder nazifrei.“**

**D**er NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer erklärte dazu: „Es ist beschämend, daß die Polizei linksradikalen Sprachgebrauch übernimmt und junge Patrioten zu ‚Nazis‘ stempelt, nur weil sie der Opfer des Bombenterrors gedenken. Diese Diktion ist zudem mehr als verräterisch, erinnert doch gerade das an bestimmte Vollzugsmeldungen zur Zeit des Dritten Reiches. So hatte Propaganda-

minister Goebbels Berlin bekanntlich im Juni 1943 als ‚judenfrei‘ gemeldet. Dresdens Polizeiführung imitiert also ganz offen NS-Parolen in ihrem Abschlußbericht zum 13. Februar.“ Und weiter: „Solche Formulierungen führen einem klar vor Augen, daß Polizeipräsident Kroll, Innenminister Ulbig und linke Rechtsbrecher sich mittlerweile nicht nur verbal angenähert haben, sondern sich immer offener die Bälle zuspielen. Der Rechtsstaat verabschiedet sich auf gar nicht einmal mehr so leisen Sohlen.“

**Die NPD-Fraktion fordert deshalb: Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für alle!** ■■■

## Für ein soziales und kinderfreundliches Sachsen

**Die soziale Lage von Eltern und Kindern ist ein entscheidender Faktor für die demographische Situation in Sachsen. Die NPD-Fraktion fordert daher eine wirkliche Existenzsicherung für junge Familien, eine gesicherte Schülerbeförderung, kostenfreie Mittagessen und Schulausflüge, die für alle bezahlbar sind.**

**N**iemand darf auf der Strecke bleiben! Die familienpolitische Sprecherin der NPD-Fraktion, Gitta Schübler, erklärte dazu im Landtag: „Die prekäre Situation vieler junger Familien und die kinderfeindliche Politik der Bundes- und der Sächsischen Staatsregierung wurden von uns stets angeprangert. Diese Kinderfeindlichkeit, die erst kürzlich wieder in einer

Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung bestätigt wurde, macht sich allerdings nicht alleine an finanziellen Hilfen fest.“

Neben einem Müttergeld fordern die Nationaldemokraten ein Wahlmodell bei der Rente, das Müttern die Möglichkeit gibt, je nach Lebenssituation und beruflichen Wünschen zwischen zwei Leistungsmodellen der Rentenberechnung zu wählen. Das Konzept sieht vor, daß die Kinderzahl direkten Einfluß auf die Rentenbeiträge bzw. auf das Renteneintrittsalter nimmt. So ist es einerseits möglich, das Renteneintrittsalter durch jedes Kind um ein Jahr nach vorn zu verlegen – oder andererseits jedes geborene Kind wie ein Jahr Rentenbeitragszahlung zu werten. ■■■



[www.facebook.com/NPDFraktionSachsen](http://www.facebook.com/NPDFraktionSachsen)



Gefällt mir



# GOTTESKRIEGER MUSTAFA MUSS ZURÜCK NACH ANKARA



Unverhüllte Frauen, Bier und Spaß an jeder Ecke. Ich bin verloren im Land der Ungläubigen.

Aber Allah belohnt Gotteskrieger - und der dumme Deutsche zahlt.

Gute Heimreise, Mustafa! Deutschland braucht keine Asylbetrüger und Islamisten, die unser Sozialsystem plündern.



comixfabrix@aon.at

## Friedensmacht Deutschland!

### Keine deutschen Truppen im Ausland, keine fremden Truppen im Inland

Obwohl die Afghanistan-Mission der Bundeswehr gezeigt hat, daß solche Auslandseinsätze nicht in deutschem Interesse liegen, sind erneut Truppen-Entsendungen in die Türkei und nach Mali beschlossen worden. Die NPD-Fraktion brachte daher den Antrag „Friedensmacht Deutschland: Keine deutschen Truppen im Ausland, keine fremden Truppen im Inland“ zur grundlegenden Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in den Landtag ein.

Die Nationaldemokraten forderten die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene nicht nur gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu wenden,

sondern auch eine Änderung des Grundgesetzes nach dem Vorbild von Artikel 5 der Verfassung Ecuadors anzustreben, der Stützpunkte und Einrichtungen fremder Staaten zu militärischen Zwecken untersagt (siehe unten). Damit wäre nicht zuletzt auch der illegalen militärischen Nutzung des zivilen Flughafens Leipzig/Halle durch die US-Armee ein Ende gesetzt worden. Statt ein aktives Zeichen für eine neue deutsche Friedenspolitik zu setzen, lehnten die übrigen Fraktionen – inklusive der vermeintlichen „Friedenspartei“ DIE LINKE – den NPD-Antrag ab.

dem Frieden dienen, sondern in aller Welt Unmut gegen Deutschland heraufbeschwören und unser Land letztlich auch zur Zielscheibe des internationalen Terrorismus machen. Und wir wollen, daß alle Standorte der US-Armee in der Bundesrepublik geschlossen werden, wie auch alle russischen Stützpunkte in Mitteldeutschland nach dem Fall der Mauer dichtgemacht wurden.“

Sehen Sie sich hier den Film mit den vollständigen Redebeiträgen der NPD-Abgeordneten an: <http://verwei.se/Friedensmacht>



Der NPD-Abgeordnete Andreas Storr erklärte dazu: „Wir wollen Schluß machen mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die nicht etwa deutschen Interessen und

#### Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930  
V.i.S.d.P.: Holger Apfel, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

#### INFO-GUTSCHEIN

- ☐ Ein Informationspaket
- ☐ Regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- ☐ Die CD „Das Lied der Deutschen 2012“
- ☐ Die DVD „Raus aus dem Euro“
- ☐ Ein Aufkleberpaket
- ☐ Das Faltblatt „Asylmißbrauch und Islamisierung stoppen!“
- ☐ Das Faltblatt „Rückkehrpflicht statt Bleiberecht“

Name, Vorname

Alter

Straße

PLZ, Ort

ePost

Telefon

Nach Art. 20a soll im Grundgesetz ein neuer Artikel 20b eingefügt werden:

„Deutschland ist ein Land des Friedens. Weder militärische Stützpunkte fremder Staaten noch ausländische Einrichtungen zu militärischen Zwecken werden erlaubt. Es ist verboten, nationale militärische Stützpunkte an ausländische Streit- oder Sicherheitskräfte zu überlassen.“

### Unsere Abgeordneten live erleben

Alle Sitzungen des Landtages mit den Reden unserer Abgeordneten werden live im Internet unter » [www.landtag-sachsen.de](http://www.landtag-sachsen.de) (Menüpunkt Aktuelles) und auf » **MDR 1 Radio Sachsen** über die Mittelwellenfrequenz 1044 kHz (Dresden-Wilsdruff) übertragen.

Zudem wird die „Aktuelle Stunde“ des Sächsischen Landtags jeweils an den Plenartagen ab 16 Uhr von den Sendern » **DRESDEN FERNSEHEN**, » **LEIPZIG FERNSEHEN** und » **CHEMNITZ FERNSEHEN** im Kabelnetz von Kabel Deutschland, Primacom und teilweise auch TeleColumbus im TV ausgestrahlt. Bei Fragen zum Empfang wenden Sie sich bitte an Ihren Anbieter.

Ausgewählte Redebeiträge der NPD-Abgeordneten finden Sie auch auf der Netzseite der Fraktion unter » [www.npd-fraktion-sachsen.de](http://www.npd-fraktion-sachsen.de) und auf unserer Facebook-Seite unter » [www.facebook.com/NPDFraktionSachsen](https://www.facebook.com/NPDFraktionSachsen).

Die nächsten Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags finden statt am:

- » **17./18. April 2013**
- » **15./16. Mai 2013**
- » **19./20. Juni 2013**
- » **10./11. Juli 2013**

Übrigens: Die Sitzungen des Sächsischen Landtages sind öffentlich. Sie können sich als Besucher also selbst ein Bild von unserer Arbeit im Parlament machen.



NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: (0351) 49 34 900 | Telefax: (0351) 49 34 930  
E-Post: [npd@sit.sachsen.de](mailto:npd@sit.sachsen.de)